

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Bildung, Jugend, Integration und Transparenz
Vizebürgermeister
Christoph Wiederkehr, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Gewalt in der Schule

An Wiens Schulen explodiert die Gewalt: 528 Anzeigen gab es im Schuljahr 2022/23, 389 mehr als im Schuljahr zuvor. Die Zahl der Suspendierungen stieg von 494 auf 814. Die Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen steigt dramatisch. 528 Anzeigen wurden 2022/23 an Wiens Pflichtschulen erhoben. Das ist beinahe eine Vervierfachung gegenüber 2021/22. Mit 269 Fällen sind die Mittelschulen auf Platz eins, gefolgt aber bereits von den Volksschulen mit 89 Anzeigen. Auf den weiteren Plätzen folgen: AHS (57), Sonderschulen (45), Berufsbildende Mittlere oder Berufsbildende Höhere Schulen (37), Polytechnische Schulen (18) und Berufsschulen (13).

Die Zahl der Suspendierungen hat sich gegenüber 2021/22 beinahe verdoppelt. Hotspot Mittelschule, 483 Suspendierungen gab es allein hier. Es folgen Sonderschulen (122), Volksschulen (116), AHS (57), Polys (28), Berufsbildende Schulen (5) und Berufsschulen (3). 533 Suspendierungen erfolgten wegen körperlicher, 341 wegen verbaler Gewalt. Weiters gab es 139 temporäre Schulverweise wegen Vandalismus, 43 wegen sexueller Übergriffe und 15 wegen Mobbing. Lehrer, Direktoren und Eltern berichten über Beschimpfungen, Judenhass und ausufernder Gewalt, mit der Mitschüler und Lehrer tyrannisiert werden.

Die Hilferufe aus Wiener Schulen werden häufiger und immer dramatischer. Lehrer

sind immer öfter körperlichen Attacken seitens ihrer Schüler ausgesetzt. Eltern von Schülern aus Migrantenfamilien verweigern Lehrerinnen immer häufiger aus religiösen Motiven den gebotenen Respekt.

Der radikale Islam bestimmt immer öfter das Klima in Wiener Schulklassen. Religiöse Konflikte stünden auf der Tagesordnung, die muslimischen Eltern seien immer weniger am Bildungsfortschritt ihrer Kinder, als vielmehr an einer streng religiösen Ausbildung ihrer Kinder interessiert. Die Scharia spiele eine immer größere Rolle, nicht zuletzt unter dem Einfluss der Islam-Lehrer.

Die falsch verstandene Toleranz von SPÖ und NEOS in Wien, die bisher in einem konsequenten Wegschauen und Verharmlosen der Probleme in Zusammenhang mit dem radikalen Islam bestanden hat, muss ein Ende haben. Der politische Islam hat in Wiener Bildungseinrichtungen keinen Platz zu haben. Daher ist ein ausnahmsloses Kopftuchverbot in Wiener Bildungseinrichtungen nur ein erster Schritt, aber ein absolutes Gebot der Stunde. Die Scharia hat im öffentlichen Leben in Wien nichts verloren, sie steht auch nicht unter dem Schutz der verfassungsrechtlich gesicherten Religionsfreiheit. Durch sinnlose Gewaltprävention-Workshops wird zwar Steuergeld vernichtet, aber die Probleme nicht gelöst.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat verurteilt das Vordringen von Gewalt und islamistischen Strömungen in Wiener Bildungseinrichtungen. Der zuständige amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe „Jugend, Bildung, Integration und Transparenz“ wird aufgefordert, die gewalttätigen Schüler aus der Schule zu entfernen und ein Kopftuchverbot in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen in Wien sicherzustellen. Der Wiener Gemeinderat unterstützt mit Nachdruck alle Pädagoginnen und Pädagogen in ihrem Bemühen, gegen Gewalt aufzutreten und unsere Verfassungsordnung im Bildungsbereich zu verteidigen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

